

**CDU**

Stadtverband Bocholt

Geschäftsstelle:

Salierstr. 1, 46395 Bocholt
Postfach 1264, 46362 Bocholt
Telefon: (02871) 23147
Telefax: (02871) 23149
<http://www.cdu-bocholt.de>
E-Mail: Lukas.Kwiatkowski@cdu-bocholt.de

CDU und CSU Regierungsprogramm 2017 - 2021. Einige Kernpunkte des Konzepts mit dem Titel "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben":

ARBEITSMARKT: Sozial ist was Arbeit schafft. Bis 2025 will die Union Vollbeschäftigung für ganz Deutschland erreichen - sicher und fair bezahlt. Um Arbeitsplätze zu sichern, sollen Lohnnebenkosten und Sozialabgaben stabil bleiben. Ein "Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz" soll Regeln bündeln, Voraussetzung soll ein konkreter Job-Nachweis sein. Langzeitarbeitslose sollen zusätzliche Unterstützung bekommen.

FAMILIEN: Der Schutz der Kinder soll ausdrücklich ins Grundgesetz aufgenommen werden. Wie für Kitaplätze soll ein Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter kommen. Der Kinderfreibetrag bei der Einkommensteuer soll auf das Niveau des Erwachsenenbetrags steigen. Das Kindergeld soll um jährlich 300 Euro pro Kind angehoben werden. Beim Immobilienkauf soll ein Baukindergeld von jährlich 1200 Euro pro Kind helfen, das für zehn Jahre gezahlt wird.

STEUERN: "Die gute wirtschaftliche Lage macht es möglich, die Einkommensteuer um gut 15 Milliarden Euro zu senken", heißt es im Programm. Entlastet werden sollen vor allem Familien mit Kindern, Arbeitnehmer und Mittelstand. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent soll erst ab 60 000 Euro Jahreseinkommen greifen und nicht wie bisher bei rund 54 000 Euro. Steuererhöhungen soll es nicht geben. Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer schließt die Union aus.

FINANZEN: Der Bundeshaushalt soll weiterhin ohne neue Schulden auskommen. Der Solidaritätszuschlag soll ab 2020 schrittweise für alle schnellstmöglich wegfallen. Bis 2021 wird eine Entlastung von vier Milliarden Euro angestrebt.

SICHERHEIT: Die Zahl der Polizisten in Bund und Ländern soll um 15 000 steigen. An möglichen Gefahrenorten wie Einkaufszentren, Fußballstadien oder Verkehrsknotenpunkten soll mehr Videoüberwachung kommen - mit einer festzulegenden Mindestspeicherfrist für die Daten.

WOHNEN: In der neuen Wahlperiode sollen in Deutschland 1,5 Millionen Wohnungen neu gebaut werden. Zur Förderung des Mietwohnungsbaus soll die ausrangierte steuerliche Förderung (degressive AfA) befristet wieder eingeführt werden. Durch Abschaffung überflüssiger Vorschriften sollen Kosten beim Wohnungsbau gesenkt werden.

FORSCHUNG: Die deutschen Forschungs- und Entwicklungsausgaben sollen bis 2025 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Forschung soll steuerlich gefördert werden, vor allem für kleinere Unternehmen.

PFLEGE: Die Union möchte Kinder pflegebedürftiger Eltern vor einer finanziellen Überforderung, bei der Unterstützung zu deren Unterhalt schützen. Ein Rückgriff auf Kinder soll erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro erfolgen.

LÄNDLICHER RAUM: Mit der "Offensive ländlicher Raum" sollen die ländlichen Regionen gestärkt werden. Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist das Ziel: Es soll möglich sein, überall in Deutschland gleichwertigen Zugang zu Bildung, Arbeit, zu öffentlicher Infrastruktur und zu Leistungen der Daseinsvorsorge zu haben. Speziell die Versorgung durch Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen möchten CDU und CSU erhalten. Eine Kommission soll bis 2019 Vorschläge zur "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse" erarbeiten. Die Landwirtschaft komme in den ländlichen Räumen eine besondere Rolle zu, so die Union. Bürokratie solle abgebaut, Bauern mit einem Innovationsfonds unterstützt werden. "Unser Leitbild ist eine vielfältige, nachhaltige, wettbewerbsfähige, bodengebundene und flächendeckende Landwirtschaft in bäuerlicher Hand."

FLÜCHTLINGE UND INTEGRATION: Die Zahl der Flüchtlinge soll dauerhaft niedrig bleiben. Erreicht werden soll dies mit weiteren Abkommen nach Vorbild des EU-Flüchtlingspakts mit der Türkei. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll nicht unbegrenzt vererbt werden können. Daher soll - für Nicht-EU-Bürger - nach der Generation der in Deutschland geborenen Kinder, die durch ihre Geburt in Deutschland einen deutschen Pass erhalten haben, ein Schnitt gemacht werden. Wer in der BRD bleiben will, muss Deutsch lernen, denn das ist der Schlüssel für gelingende Integration. Mit dem Integrationsgesetz wurde der Grundsatz des Förderns und Forderns für alle verbindlich gemacht und die Integrationskurse ausgebaut. Die Union strebt eine verbindliche Integrationsvereinbarungen an.

VERKEHR: Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen und verpflichtende Fahrprüfungen für Ältere am Steuer lehnt die Union ab. Neue Lastwagen sollen künftig mit automatischen Bremseinrichtungen ausgestattet werden, um Auffahrunfälle zu verhindern. Reisende sollen mit einer App und einem digitalen Ticket bundesweit Bus und Bahn fahren können. Gegen zu hohe Stickoxidwerte (NOx) in Innenstädten soll es für jede betroffene Stadt einen individuellen Reduktionsplan geben. Generelle Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugtypen werden abgelehnt. Bis sich Elektroautos durchsetzen, bleiben moderne Dieselaautos wegen ihres geringeren CO₂-Ausstoßes eine wichtige Option.

DIGITALES: Im Bundeskanzleramt soll ein neuer "Staatsminister für Digitalpolitik" angesiedelt werden. Ein "Nationaler Digitalrat" mit Experten soll die Regierung beraten. Es soll ein elektronisches Bürgerportal eingerichtet werden: Wer etwas vom Staat braucht, der soll dies künftig auch elektronisch erledigen können.

EUROPA: Die Eurozone soll weiter vertieft werden, etwa mit einem Währungsfonds. Eine Vergemeinschaftung von Schulden der Euro-Länder schließt die Union weiter aus. Mit der Türkei soll es eine «möglichst starke Kooperation» geben, aber keine Vollmitgliedschaft in der EU.

Zum Schluss:

Wahlaufruf

CDU und CSU wollen weiter Verantwortung für Deutschland tragen. Am 24. September geht es darum, die Weichen richtig zu stellen. Wir sind überzeugt: Wir haben die richtigen Antworten auf die Chancen und Herausforderungen der Zukunft. Sie verlangen unser mutiges und vorausschauendes politisches Handeln. Unser Angebot richtet sich an alle Menschen in Deutschland. Wir werben darum, dass sie CDU und CSU und der Verlässlichkeit unserer Politik auch künftig vertrauen. Wir werben um ein starkes Mandat für einen neuen Regierungsauftrag: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Damit Angela Merkel Bundeskanzlerin unseres Landes bleibt. Daher rufen wir alle Wählerinnen und Wähler auf: Geben Sie bei der Bundestagswahl am 24. September beide Stimmen CDU und CSU.